

■ kommentar

Zurück an den Absender



Matthias Greuter
über eine äusserst
dürftige Rheinufer-
vorlage (Seite 9)

«Attraktivierung», «Neugestaltung», «Einmalige Chance», «spürbarer Mehrwert» – das Abstimmungsmagazin zur Rheinufer-Vorlage enthält viele schöne Wörter. Andere, ebenfalls enthaltene Wörter sind ehrlicher: «Verzicht», «finanzielle Überlegungen» und «finanziell nicht tragbar». Ein von kreativen Ideen weitgehend befreites Baudepartement, ein mutloser Stadtrat und ein sparsames Parlament haben alles, was man noch als Aufwertung bezeichnen könnte, ohne rot zu werden, aus der Vorlage gestrichen. All die schönen Ideen aus dem langen und mit grossem Tamtam zelebrierten Mitwirkungsprozess verstauben in einer Schublade.

Die Visionen, versichert Baureferent Raphaël Rohner der «az», die Visionen können wir dann beim Kammgarnareal umsetzen. Also gut. Wir glauben ihm und stellen uns vor, wir sitzen in einigen Jahren auf einem grossartig neu gestalteten Kammgarnhof ohne parkierte Autos. Wir versuchen, auf den Rhein zu blicken, doch die rollende Blechlawine versperrt die Sicht wie eh und je. Also wollen wir uns dem Rhein nähern, doch es gibt keinen Zugang. Nicht einmal für einen Kübel Farbe, mit dem man einen Fussgängerstreifen hätte malen können, hat es gereicht. Und wenn es uns gelingt, mittels eines «nicht vortrittsberechtigten Fussgängerübergangs» (sic!) unfallfrei auf die andere Strassenseite zu kommen, schaffen wir es doch nicht ans Wasser oder ans andere, grüne Ufer. Dafür erwarten

uns – «Attraktivierung» – eine Hecke und eine Sitzstange. Wen will die Stadt mit einer Stange zum Verweilen einladen? Hühner vielleicht?

Das ist keine Attraktivierung, das ist eine Haarbrette mehr als eine Strassensanierung. Dass der Bund für eine Hecke und eine Sitzstange voraussichtlich 2,8 Millionen Franken bezahlen soll, sollte dem einen oder anderen Mitglied des eidgenössischen Parlaments zu denken geben.

Und doch hat sich abgesehen von der Juso keine Schaffhauser Partei gegen die Minimalvorlage ausgesprochen. Der Grund: Wenn wir nicht zustimmen, müssen Strasse und Kragplatte altershalber trotzdem saniert werden – ohne Zutupf vom Bund und bei fast gleich hohen Kosten für die Stadt, wie uns das Abstimmungsmagazin belehrt. Zu einem Ja an der Urne gibt es laut Argumentation keine vernünftige Alternative.

Falsch. Natürlich gibt es eine. Schritt eins: Das Stimmvolk erteilt der mut- und ideenlosen Vorlage eine Absage. Schritt zwei: Anstatt die Sanierungsarbeiten an Kragplatte und Strasse sofort in Angriff zu nehmen (dafür bleiben laut Abstimmungsbüchlein noch fünf Jahre Zeit), nimmt der Stadtrat den Unmut der Bevölkerung ernst und arbeitet – in seiner neuen Zusammensetzung – ein besseres Aufwertungsprojekt aus, das diesen Namen verdient. An Ideen dafür mangelte es nie, nur am politischen Willen. Schritt drei: Dieses Projekt gewinnt die Sympathien der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, obwohl es etwas mehr kostet. Schliesslich erhält die Bevölkerung im Gegensatz zum jetzigen Projekt auch einen Mehrwert. Schritt vier: Für eine echte Aufwertung kann die Stadt guten Gewissens die vom Bund versprochenen Mittel beanspruchen.

Für die Abstimmung vom 25. September empfiehlt die Redaktion der «az», Schritt eins in die Tat umzusetzen und Nein zu stimmen.

Die Rheinufervorlage hat bei den politischen Parteien kaum Gegner

«Wir haben gemacht, was möglich ist»

Niemand steht mit Enthusiasmus hinter der Vorlage «Rheinuferneugestaltung». Selbst Baureferent Raphaël Rohner vermarktet sie ehrlicherweise nicht mehr als Vision, sondern als Maximum des Möglichen.



Eine Hecke und eine «Sitzstange» sollen zum Verweilen einladen. Visualisierung: zVg

■ Mattias Greuter

Es ist fast niemand dagegen. Es ist aber auch niemand begeistert dafür. Zur städtischen Volksabstimmung vom 25. September über die Vorlage «Rheinuferneugestaltung» hat ausser der Juso keine Partei eine Nein-Parole beschlossen – das heisst aber nicht, dass es keine Kritik gibt.

Knapp 11 Millionen Franken kosten die geplanten Arbeiten, wobei sich Bund, Kanton und das Kraftwerk an unterschiedlichen Teilen des Projekts beteiligen sollen. Die Vorlage beinhaltet: eine Neugestaltung der Rheinuferstrasse zwischen der Feuerthalerbrücke und dem Kraftwerk, eine Sanierung der über den Rhein ragenden, sogenannten «Kragplatte» und Sanierungsarbeiten an der Bachstrasse. Nicht mehr Teil der Vorlage sind hingegen: ein Zugang zum Rhein, eine Fussgängerbrücke an das Feuerthaler Ufer, ein etwas schönerer Belag als Asphalt, die Freistellung der Rhybadi und Fussgängerstreifen vom Kammgarnhof an den Rhein.

Die Anpassungen durch Behörden und Parlament liessen die «Neugestaltung» immer weiter schrumpfen, sie wurde wie der gesamte «Masterplan Rheinufer», zu dem sie gehört, auf ein Minimum redu-

ziert. Was bleibt: etwas mehr Platz für Velos und Fussgänger, ein paar Pflanzen, eine «Sitzstange», etwas Beleuchtung, Strassenarbeiten.

Von links: Nein, leer, Enthaltung

Genau hier setzt die Kritik an: «Alle Visionen sind gescheitert», konstatierte Christian Wäckerlin, Präsident des Schaffhauser Architektenforums «Scharf», im Juni in der «az» und geisselte den übrig gebliebenen Teil des Projekts als «eine Strassen-sanierung, mehr nicht». Urs Tanner, Präsident der SP/Juso-Fraktion im Grossen Stadtrat, schlug in die gleiche Kerbe, indem er sagte: «Es ist bloss eine bessere Asphaltaufrischung.» Dabei waren zu diesem Zeitpunkt immerhin noch zwei Fussgängerstreifen geplant. Kritiker befürchten weiter, dass die heutige Situation ohne Zugang zum Rhein mit dem minimalistischen Projekt für weitere 50 Jahre im wörtlichen Sinn zubetoniert werde. Weder «Scharf» noch die SP rufen aber dazu auf, die Vorlage an der Urne zu versenken. «Scharf» gibt keine Parole ab, die SP-Parole lautet auf «Enthaltung». Während die AL empfiehlt, den Stimmzettel leer zu lassen, hat nur die Juso die Nein-Parole beschlossen. Juso-Präsident Casi-

mir FÜRer sagt, es handle sich «nicht um eine wirkliche Aufwertung», welche eine echte Verbesserung einem späteren Zeitpunkt zu verhindern drohe.

Baureferent Raphaël Rohner ist bewusst, dass es sich bei der Neugestaltung der Rheinuferstrasse keineswegs um einen grossen Wurf handelt. An die Adresse von «all den Kritikern, die jetzt sagen, es sei nicht visionär», hält er aber fest: «Wir haben das gemacht, was möglich ist.» Dass es nicht mehr ist, begründet Rohner mit Sachzwängen wie dem Energiekanal unter der Rheinuferstrasse, deren Bedeutung als Kantonsstrasse und dem Umstand, dass das Gebiet im Perimeter des Kraftwerks liege. Und der Baureferent warnt vor den Folgen einer Ablehnung: «Dann müssen wir die Strasse und die Kragplatte dennoch sanieren. Die Kosten wären fast gleich hoch und es gäbe keine Aufwertung.» Kurz: «Wenn die Vorlage abgelehnt wird, stehen wir vor einem Scherbenhaufen», so Rohner.

2,8 Millionen aus Bundesbern

Ohne Aufwertung fliessen auch keine Mittel vom Bund: Weil die Neugestaltung der Rheinuferstrasse Teil des Schaffhauser Agglomerationsprogrammes ist, besteht Aussicht auf rund 2,8 Millionen Franken aus der Bundeskasse. Ganz sicher sind diese Millionen allerdings nicht: Das Projekt muss nach der Abstimmung beim Bund noch eine Hürde überwinden, die sogenannte «Sinn-und-Geist-Prüfung». Dabei überprüft das Bundesamt für Raumentwicklung ARE, ob das baureife Projekt noch dem Aufwertungsgedanken des Agglomerationsprogramms entspricht. Reine Strassensanierungen bezahlt der Bund nicht. Gemäss Angaben der Schaffhauser Behörden und des ARE stehen die Chancen aber gut, dass das Projekt den Auflagen trotz der erwähnten Abstriche genügt. Wenn dies schlussendlich zutrifft, wäre die Neugestaltung der Rheinuferstrasse doch mehr als eine Strassensanierung – zumindest von Bundesbern aus gesehen.